
hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 03/2016



ÖKO TUT TIERISCH GUT!

5 JAHRE NSU-ENTTARNUNG

Interview zum Stand der Aufklärungsarbeit mit Madeleine Henfling

5

MEHR MITSPRACHE

Gesetz für mehr direkte Demokratie in Kommunen beschlossen

6

WELTTIERSCHUTZTAG

Grüne Ausschwärmwoche zum Thema ökologische Landwirtschaft

9

Liebe Leserinnen und Leser,



am 4. November jährte sich die **Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)** zum fünften Mal. Aus Fremdenfeindlichkeit töteten drei Thüringer Rechtsextremisten zehn Menschen, überfielen Banken und verletzten bei mehreren Sprengstoffattentaten viele weitere Menschen schwer. Gerade für uns in Thüringen ist dieser erschütternde Jahrestag immer wieder

Anlass und Mahnung zugleich, uns unserer besonderen Verantwortung für die Aufklärung der Taten bewusst zu werden. Hier wuchsen die Täter und Täterinnen auf, hier sozialisierten und radikalisierten sie sich. Und hier versagten die Sicherheitsbehörden maßgeblich bei der Fahndung nach dem Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe. Wir haben mit unserer Grünen-Obfrau im NSU-Unter-

suchungsausschuss des Thüringer Landtags, Madeleine Henfling, über Aufklärungsarbeit und notwendige Konsequenzen gesprochen.

Entscheidend beschäftigt haben uns auch die erschreckenden Bilder in den Medien aus den Betrieben hochrangiger Funktionäre in der industriellen Nutztierhaltung, darunter auch der Betrieb des Thüringer Bauernverbandspräsidenten Helmut Gumpert. Fakt ist, dass Kontrollsysteme offensichtlich nach wie vor nicht funktionieren und Tierschutzverstöße in Massentierhaltungsanlagen weiterhin an der Tagesordnung sind, um möglichst billiges Fleisch zu produzieren. Um zu zeigen, dass es auch anders geht, stellten wir den **diesjährigen Welttierschutztag ganz unter das Motto „Öko tut tierisch gut!“** und besuchten Bio-Landwirtschaftsbetriebe, die sich mit viel Engagement und Leidenschaft einem verantwortungsvollen und respektvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen verschrieben haben.

Auch rund um Parlament und Plenum war natürlich wieder einiges los. So wurde beispielsweise das **„Thüringer Gesetz für direkte Demokratie in den Kommunen“** beschlossen und mit einer Aktuellen Stunde machten wir auf die **Gefahren der Fusion der größten Agrokonzerne weltweit – Monsanto und Bayer** – für Thüringen aufmerksam. Einige von uns waren außerdem auf Sommertour unterwegs, wie beispielsweise Babett Pfefferlein, die auf ihrer Arbeitsmarkttour durch Nordthüringen Eindrücke und Anregungen für die weitere parlamentarische Arbeit sammelte. Viele weitere Themen werden uns auch in den kommenden Wochen und Monaten intensiv beschäftigen, beispielsweise die Durchsetzung von **Qualitätsverbesserungen in Verbindung mit einem beitragsfreien Kitajahr** und die **Ausweisung des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument**. Mehr dazu erfahren Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der aktuellen Ausgabe unserer Fraktionszeitung!

Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Editorial	2
Ein inklusives Schulgesetz für Thüringen	3
Frühkindliche Bildung und Kindergarten	3
Koalition will altes Bündnis wiederbeleben	4
Fünf Jahre NSU-Enttarnung	5
Mehr Mitspracherecht	6
Polizei – wie geht es weiter nach der letzten Strukturreform?	6
Gute Arbeit für Thüringen	7
Megafusion der Agrokonzerne – Gefahr für die Gentechnikfreiheit in Thüringen?	8
ÖKO tut tierisch gut!	9
Grünes Band monumental	10
Solarstrom wird Standard	10
Finanzierung von Radwegen klar geregelt	10
Termine – Rück- und Ausblick	11

EIN INKLUSIVES SCHULGESETZ FÜR THÜRINGEN

Wenn inklusive Schule Wirklichkeit werden soll, braucht es auch eine inklusive Schulgesetzgebung. Das ist unsere politische Forderung seit Jahren. Dank Rot-Rot-Grün arbeitet das Thüringer Bildungsministerium seit geraumer Zeit an einem Entwurf für ein inklusives Schulgesetz.

„Das **inklusive Schulgesetz** ist ein wichtiger Schritt hin zu einem **inkluisiven Bildungswesen** in Thüringen. Vor allem aber gilt es, **Barrieren** in den Köpfen zu **überwinden** und Wege zu finden, statt Gründe dagegen zu suchen.“

Uns Grünen geht es dabei mitnichten um eine vermeintliche Abschaffung von Förderschulen, sondern darum, Entwicklungsperspektiven für diese zu beschreiben. Ein besonderes Augenmerk unsererseits ruht auf dem Bereich Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung. Welch wertvolle Arbeit hier in vielen Förderzentren geleistet wird, konnten wir erst kürzlich in Wülfingerode und Bad Köstritz beispielhaft

bestaunen. Darauf gilt es aufzubauen und das Know-how sowie die guten Erfahrungen für noch mehr Kinder erlebbar zu machen. Das Bildungsministerium schlägt beispielsweise vor, dass sich solche Schulen künftig zu Kompetenzzentren für den Gemeinsamen Unterricht (GU) weiterentwickeln sollen. Das halten wir für einen diskutablen Vorschlag. Entscheidend aus unserer Sicht ist, dass die sonderpädagogische Förderung an den Schulen weiter ausgebaut wird und den Schülerinnen und Schülern bedarfsgerecht zur Verfügung steht.

Faktisch bedeutet dies, dass wir im Zuge des Ausbaus des Gemeinsamen Unterrichts eine bessere personelle Ausstattung an unseren Schulen brauchen und damit auch mehr Lehrkräfte für Sonderpädagogik als bisher im Gemeinsamen Unterricht einsetzen müssen. Dafür braucht es selbstverständlich mehr Neueinstellungen als bisher, gerade mit Blick auf den überfälligen Generationenwechsel in den Klassenzimmern.



FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND KINDERGARTEN – AUF DEN INHALT KOMMT ES AN

Aktuell diskutieren wir im Thüringer Landtag, wie wir in der rot-rot-grünen Koalition die Rahmenbedingungen für frühkindliche Bildung verbessern können. Als Grüne haben wir im Kontext dieser Debatte stets deutlich gemacht, dass ein beitragsfreies Kitajahr für uns dann sinnvoll ist, wenn es eine pädagogische Lenkungswirkung entfaltet. Die Ergebnisse von Vergleichsstudien, wie beispielhaft PISA, zeigen auf, dass frühe Partizipation an Bildung spätere Bildungsergebnisse positiv beeinflusst. Dies war neben dem Einstieg in die prinzipielle Gebührenfreiheit in der Bildung der entscheidende Grund für unsere Forderung, das erste Jahr als beitragsfreies Jahr gesetzlich zu verankern. Da dies jedoch zu einem höheren Verwaltungsaufwand bei den Kommunen und zu starken finanziellen Mehrbelastungen beim Land geführt hätte, haben unsere Koalitionspartner darauf gedrängt, das letzte Kitajahr beitragsfrei zu stellen.

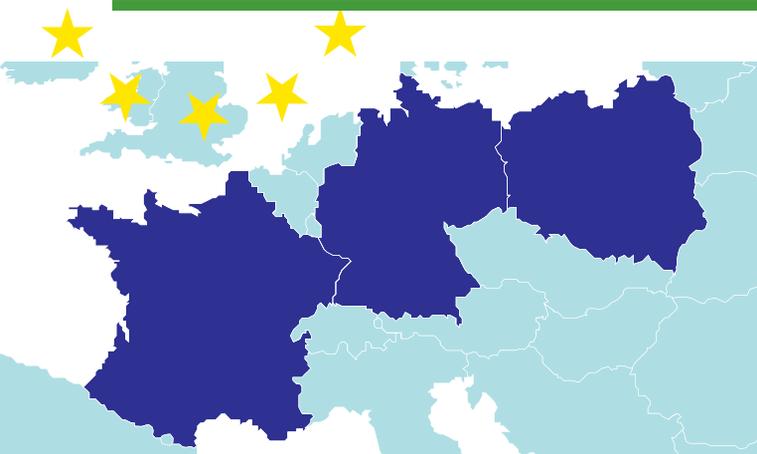
Für uns steht weiterhin fest, dass es gleichzeitig ein Mehr an Qualität braucht. Bessere Betreuungsschlüssel sind überfällig. Im bundesweiten Vergleich schneidet Thüringen hin-

sichtlich der Fachkraft-Kind-Relation besonders schlecht ab und stellt faktisch zu wenig Personal für die frühkindliche individuelle Förderung zur Verfügung. So beträgt die Fachkraft-Kind-Relation für zwei bis dreijährige Kinder in Kitas zwar noch 1:8. Bei den Drei- bis Sechseinhalb-Jährigen beträgt die Relation laut Kita-Gesetz jedoch nur 1:16.

In Anbetracht der durchschnittlichen Ausfallzeiten von Erzieherinnen und Erziehern sowie der höheren Anforderungen, die die Aufnahme von geflüchteten Kindern sowie gelingende Inklusion insgesamt mit sich bringen, ist zusätzliches Personal dringender denn je. Daher werben wir in diesen Wochen vehement für Qualitätsverbesserungen im Sinne einer verbesserten Personalausstattung und sind uns sicher, dass wir hierfür geeignete Wege mit unseren Koalitionspartnerinnen und -partnern finden werden.

Denn: Über die Beitragsfreiheit freuen sich sicherlich viele Eltern, aber auf den Inhalt – sprich die Qualität guter Kitas – kommt es schlussendlich an!

KOALITION WILL ALTES BÜNDNIS WIEDERBELEBEN



Am 28. August feierte das „Weimarer Dreieck“ sein 25-jähriges Jubiläum. Das Gesprächsforum zwischen Polen, Frankreich und Deutschland galt lange als Erfolgsmodell für Europa. Spätestens seit Amtsantritt der neuen polnischen Regierung im vergangenen Herbst lag das Dreierbündnis jedoch auf Eis, denn die nun in Polen regierende PiS-Partei setzt außenpolitisch auf größere Distanz zu Deutschland. In den vergangenen Monaten wuchs die Liste der Probleme, die uns trennen.

Vom Thema Flüchtlinge bis zur Rechtsstaatlichkeit, von der Russlandpolitik über die Energiesicherheit bis hin zum Klimaschutz findet sich im Moment nur selten ein Zoll gemeinsamen Bodens zwischen den drei Ländern.

Eine Veränderung der Situation brachte der Austritt Großbritanniens aus der EU. Die Bedrohung der fundamentalen Idee des geeinten Europas zeigte den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern die Notwendigkeit zum Austausch und zur Zusammenarbeit. Wichtiger als jemals zuvor sind jetzt zwischenstaatliche Vernetzungen, denn die Zukunft der Europäischen Union und auch Europas wird maßgeblich von starken Beziehungen der Mitgliedsstaaten untereinander beeinflusst. Dabei muss ein Perspektivwechsel herbeigeführt und eine stärkere zivilgesellschaftliche Kooperation geschaffen werden. Ein für uns Bündnisgrüne wichtiger Punkt ist dabei die Demokratieförderung. Hier könnte sich das Weimarer Dreieck einbringen, als Forum bürgerschaftliche und reformpolitische Erfahrungen von Organisationen aus den drei Ländern bündeln und dieses Wissen mit den Nachbarschaftsstaaten in der EU teilen. Aus grüner Sicht sollen besonders zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Kommunen, Verbände und Vereine stärker einbezogen werden. Darüber hinaus müssen unkomplizierte Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch gegeben werden. Europa soll erfahrbar sein. Im Hinblick auf die schwierigen Entwicklungen unserer Nachbarstaaten, das Erstarken von nationalistischen Bewegungen und das Suchen nach verbindenden Elementen ist ein Erfahrungsaustausch auch auf politischer Ebene enorm wichtig und muss wieder konkret in den Blick genommen werden. Das ist die große Chance eines neubelebten Weimarer Dreiecks.

Das Weimarer Dreieck

Die politische Zusammenarbeit zwischen Polen, Frankreich und Deutschland im Rahmen des 1991 gegründeten Weimarer Dreiecks wurde lange als Motor der Europäischen Integration gesehen und mit dementsprechend hohen Erwartungen belegt. Bis zum Eintritt Polens in die EU (2004) konnte man diese Einschätzung durchaus teilen. Der Einfluss des Formats verringerte sich jedoch in den Folgejahren bis in die Bedeutungslosigkeit. Die dringend benö-

Anfang September wurde ein rot-rot-grüner Plenarantrag zur Förderung des Weimarer Dreiecks beschlossen (Drs. 6/2180):

► <http://gruenlink.de/19jm>

tigte Neuausrichtung des trilateralen Bündnisses wurde bisher verschlafen oder einfach nicht erkannt. So traf man sich ein letztes Mal im Jahr 2011. Im Zuge der Krimkrise versuchten die Protagonistinnen und Protagonisten des Weimarer Dreiecks als Vermittlerinnen beziehungsweise Vermittler zu fungieren. Die Verhandlungen mit Russland und der Ukraine wurden schlussendlich jedoch ohne eine Beteiligung Polens geführt.

EINE GESELLSCHAFTLICHE AUFARBEITUNG IST NOTWENDIG

Am 4. November 2011 findet am Morgen in einer Eisenacher Bankfiliale ein Raubüberfall statt. Stunden später fallen in einem Wohngebiet Schüsse, ein Wohnwagen brennt. In dem Wohnwagen werden zwei männliche Leichen entdeckt. Das Wohnmobil ist voll mit Munition, Waffen und Geld. Im Laufe der Ermittlungen werden die Leichen als Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt identifiziert. Am 4. November 2011 enttarnt sich damit der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) selbst: Eine rechtsextreme Terrorzelle, die jahrelang im Untergrund lebte, Banken überfiel, Anschläge verübte und Menschen brutal tötete.



Wir haben mit Madeleine Henfling, Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags, über den Stand der Aufklärung gesprochen.

Wo steht der Thüringer Untersuchungsausschuss bei seiner Aufklärungsarbeit?

Der Untersuchungsausschuss konzentriert sich auf drei wesentliche Untersuchungsgegenstände: Zum Ersten auf den 4. November 2011 mit der Enttarnung der Rechtsterroristen sowie der polizeilichen Arbeit an diesem und an den Folgetagen. Zum Zweiten wird der Thüringer Bezug zur Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter untersucht und zum Dritten die Verknüpfungen zwischen rechtsextremer Szene und organisierter Kriminalität. Seit dem Einsetzen des Ausschusses versuchen wir, die Ereignisse vom 4. November 2011 in Eisenach-Stregda minutiös aufzuklären. Trotz einer akribischen Aktenarbeit und zahlreichen Vernehmungen bleiben Fragen offen und das Ermittlungsvorgehen teilweise nicht nachvollziehbar.

Einige Stimmen gehen von weiteren NSU-Täterinnen und Tätern neben Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe aus, weil an den Tatorten unbekannte DNA-Spuren gefunden wurden. Wie schätzen Sie das ein?

Mit dem NSU werden zehn rassistisch motivierte Morde, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle verteilt über acht Bundesländer in Verbindung gebracht. Die bisher als NSU-Komplex geltenden Personen kamen aus Thüringen und lebten in Sachsen im Untergrund. Es stellt sich schon die Frage, wie die Täterinnen und Täter ohne Ortskenntnis, ohne erwischt zu werden und ohne brauchbare Spuren zu hinterlassen durchs Land ziehen und morden konnten. Ich denke, das Netzwerk muss größer gewesen sein. Die Infrastruktur, die hier benötigt wurde, ist aus meiner Sicht nicht allein von drei Menschen zu stemmen.

Wie bewerten Sie allgemein die Aufklärungsarbeit bezüglich des NSU-Komplexes?

Die Aufklärung um den NSU-Komplex kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf verschiedenen Ebenen stattfindet. Journalistische und gerichtliche Aufklärung sind dabei genauso wichtig wie die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Inzwischen haben wir in einer Reihe von Bundesländern und im Bund NSU-Untersuchungsausschüsse. Dies wäre zusätzlich für „Tatort-Bundesländer“ wie Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern wichtig, um die Verbindungen der extrem rechten Szene, das Vorgehen der Verfassungsschutzämter und der Polizei zu durchleuchten. Notwendig ist aber auch eine gesellschaftliche Aufarbeitung. Dafür müssen wir uns stärker mit der Perspektive der Opfer und ihrer Angehörigen auseinandersetzen. Wenn wir für die Zukunft etwas lernen wollen, dann muss das Thema Rassismus deutlich in den Vordergrund gerückt werden.

*Im Gedenken
an die Opfer
des NSU*

Enver Şimşek
Abdurrahim Özudođru
Süleyman Taşköprü
Habil Kılıç
Mehmet Turgut
İsmail Yaşar
Theodoros Boulgarides
Mehmet Kubaşık
Halit Yozgat
Michèle Kiesewetter





MEHR MITSPRACHERECHT!

Im Septemberplenium des Thüringer Landtags wurde das „Thüringer Gesetz zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene“ verabschiedet (Drs. 6/1840). Thüringen wird damit eines der Länder, die Spitzenreiter bei der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene sind.

Mit dem Gesetz erweitert Rot-Rot-Grün die Möglichkeiten der Mitbestimmung in den Kommunen. Dies ist besonders jetzt, in der Freiwilligkeitsphase der Gebietsreform, wo in unseren Gemeinden viele wichtige und weitreichende Entscheidungen getroffen werden, von Bedeutung. Besonders das Ratsreferendum, welches es den Gemeinderäten ermöglicht, Fragen und Entscheidungen der Bevölkerung vorzulegen, wird den Bürgerinnen und Bürgern

Die Plenarrede von Dirk Adams und das Gesetz finden Sie hier:

► gruenlink.de/19nr

tatsächlich Mitsprache ermöglichen. Darüber hinaus wird es in Zukunft möglich sein, im Zuge von Bürgerbegehren über die Beteiligung von Gemeinden an Unternehmen zu entscheiden oder die Abwahl eines Bürgermeisters zu beantragen. Auch Bürgerbegehren in einzelnen Ortsteilen und Ortschaften werden durch das Gesetz ermöglicht. Mit diesem Meilenstein wird die direkte Demokratie in den Kommunen an die Regeln, die bereits auf Landesebene gelten, angepasst.

POLIZEI – WIE GEHT ES WEITER NACH DER LETZTEN STRUKTURREFORM?



Während seiner diesjährigen Sommertour besuchte Dirk Adams unter anderem das Landeskriminalamt sowie die Landespolizeiinspektionen in Gera, Gotha, Jena, Nordhausen, Saalfeld und Suhl.

Zentrales Thema der Gespräche war die Personalsituation in der Thüringer Polizei. Die rot-rot-grüne Landesregierung hatte im vergangenen Jahr den Stellenabbau der alten Landesregierung gestoppt, um die Pläne von einer Expertenkommission überprüfen und einen

neuen, angepassten Vorschlag zur zukünftigen Personalentwicklung erarbeiten zu lassen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass dringend mehr neue Anwärtinnen und Anwärter für den Polizeidienst ausgebildet werden müssen. Das ist besonders wichtig, um den hohen Altersdurchschnitt in der Belegschaft und die damit verbundenen alters- und krankheitsbedingten Ausfälle kompensieren zu können. Jüngere Kolleginnen und Kollegen sind wiederum oftmals kurzfristig in Schwangerschaft und Elternzeit gebunden.

Zur Lösung des Problems zeigten die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer durchaus unterschiedliche Ansätze auf. So wurde unter anderem über mögliche Anpassungen des Ausbildungsweges im Bildungszentrum der Polizei in Meiningen diskutiert. Eine dezentrale Ausbildung des gehobenen Dienstes, um mehr Personal für den mittleren Dienst auszubilden, wurde ebenso vorgeschlagen wie eine Blockausbildung, bei der Polizeischülerinnen und Schüler vierteljährlich die Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen unterstützen, um Praxiserfahrung zu sammeln.

Wir werden auch weiter im Gespräch mit den Dienststellen und Polizeigewerkschaften bleiben, um gemeinsam passende Lösungen zu erarbeiten und in entsprechende parlamentarische Initiativen umzusetzen.



Auf dem Programm stand auch ein Besuch der Hundestaffel in Gotha.



GUTE ARBEIT FÜR THÜRINGEN

Die parlamentarische Sommerpause nutzte Babett Pfefferlein, um auf Arbeitsmarkt-Tour durch Nordthüringen zu gehen. Dabei ging es nicht darum, Zahlen und Statistiken zu erörtern. Vielmehr stand der Einblick in die unterschiedlichsten Themen- und Arbeitsbereiche im Vordergrund.



Besichtigung der Fertigungshalle bei TR Plast Ebeleben GmbH.

So stand zunächst ein Gespräch mit Verantwortlichen der AOK-Plus zur betrieblichen Gesundheitsvorsorge auf dem Programm. Es wurde deutlich, dass immer mehr Unternehmen für eine gesundheitsförderliche Arbeitsatmosphäre sorgen und gemeinsam mit den Beschäftigten ein individuelles betriebliches Gesundheitsmanagement entwickeln.



Das Thema Fachkräftegewinnung für hochspezialisierte und international aufgestellte Unternehmen mit Standorten im ländlichen Raum stand im Fokus einer Betriebsbesichtigung bei TR-Plast in Ebeleben. Nicht nur für dieses Unternehmen wird es immer schwieriger, den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs zu finden – und das obwohl Verdienst- und Aufstiegschancen vergleichsweise genauso gut oder sogar besser sind als in den Ballungszentren. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken braucht es gemeinsame Anstrengungen der lokalen Akteure und der Landespolitik wie beispielsweise ein dauerhaft und flächendeckend aus Landesmitteln finanziertes Auszubildendenticket für Thüringen.

Der Frage, wie sich junge Kreative im ländlichen Raum beruflich organisieren, ging Babett Pfefferlein im „CoDeck“ Nordhausen nach. Das CoDeck bietet voll ausgestattete Arbeitsplätze in einem Großraumbüro, die von Kreativarbeiterinnen und Kreativarbeitern, Existenzgründerinnen und Existenzgründern, Freiberuflerinnen und Freiberuflern sowie Studierenden nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Kontakte knüpfen und Netzwerken genutzt werden können. Ob sich dieses innovative Konzept für kreatives Arbeiten im ländlichen Raum etabliert, bleibt abzuwarten. Noch wird das CoDeck nicht in dem Umfang genutzt, den sich die Initiatoren erhoffen.

Im weiteren Verlauf der Tour stand ein Treffen mit einer selbständigen Handwerksmeisterin und Raumausstatterin auf dem Plan. Das erfreuliche Fazit: Zahlreiche Menschen besinnen sich wieder auf traditionelle Handwerke wie das Polstern oder die Möbelrestauration, um ihre lieb gewonnenen Einrichtungsgegenstände aufpolieren zu lassen. Jeder, der es versteht, mit Herz und Hand sein Gewerbe zu betreiben und zusätzlich die digitalen Möglichkeiten nutzt, um auf sein Geschäft und Geschick aufmerksam zu machen, hat beste Voraussetzungen, seine Passion zu leben.

„Während der Tour haben wir zahlreiche **Aspekte des Arbeitsmarktes** kennengelernt, **interessante Einblicke und viele Informationen** über die bekannte Faktenlage hinaus bekommen. Die **Arbeitsmarktpolitik in Thüringen** muss im Sinne aller Akteurinnen und Akteure zukunftsfähig gestaltet werden und daran wollen wir als Grüne aktiv mitwirken.“

Abschließend besuchte Babett Pfefferlein die Berufsschule in Artern. Bereits 2011 begannen in Nordthüringen die Planungen für die zukunftsfähige Entwicklung der Berufsschulstandorte. So konnte frühzeitig auf den demographischen Faktor reagiert und ein stabiles Schulnetz entwickelt werden. In den drei Thüringer Nordkreisen existiert je eine Berufsschule mit verschiedenen Ausbildungsrichtungen. Dieses Modell trägt Vorbildcharakter für die geplanten Veränderungen im Berufsschulnetz.

MEGAFUSION DER AGROKONZERNE – GEFAHR FÜR DIE GENTECHNIKFREIHEIT IN THÜRINGEN?



Im September wurden die lang anhaltenden Gerüchte Wahrheit. „Monsanto“ – bekannt für Umweltschäden auf der ganzen Welt, Lieferant des Entlaubungsmittels „Agent Orange“ in Vietnam, marktbeherrschender Hersteller gentechnisch veränderten Saatguts – wird durch den Systemhersteller „Bayer“ übernommen. Damit ist die Megafusion der international bedeutendsten Agrofirmer beschlossene Sache. Zwei Firmen, die zukünftig unter einem Dach nicht nur den internationalen Markt im Bereich des Saatgutes und der Agrochemikalien beherrschen werden, sondern auch auf die nationale und Thüringer Landwirtschaft Auswirkungen haben werden.

So ist zu befürchten, dass die in Isseroda liegenden Versuchsfelder des Bayer-Konzerns das Einfallstor für die Entwicklung gentechnisch veränderter Organismen in Thüringen bilden werden. Derzeit werden dort auf 6,5 Hektar Weizen, Gerste, Raps, Rüben und Mais gentechnikfrei angebaut. Zwar sind die Freisetzungsversuche in den vergangenen Jahren bis auf null zurückgegangen, doch durch die neue Marktmacht besteht zu befürchten, dass „Baysanto“ einen erneuten Anlauf unternehmen könnte, um neue gentechnisch veränderte Sorten wie den Gentech-Mais „Mon810“ auch auf Thüringer Feldern zu etablieren. Die Folgen für Natur und Umwelt, aber auch für die Thüringer Landwirtschaft wären verheerend.

Monsanto ist dafür bekannt, eine perfide Kontrolle der Landwirtinnen und Landwirte über Knebel-

verträge auszuüben. Diese Verträge untersagen den Bäuerinnen und Bauern unter anderem, die eigene Ernte als Saatgut zu verwenden oder über Vertragsverletzungen seitens Monsanto zu sprechen. Eine Fusion zweier marktbeherrschender Konzerne wie Bayer und Monsanto lässt befürchten, dass sich auch diese Praxis auf Thüringen ausweitet.

Während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Vorwurf erteilt, nur einschlägige Gutachten zur Kenntnis zu nehmen und die Un-

tersuchungsergebnisse der Konzerne zu negieren, werden diese lediglich in einem Leseraum – ähnlich dem TTIP-Leseraum – in Brüssel unter maximalen Einschränkungen der Öffentlichkeit präsentiert. Transparenz sieht anders aus. Hier existiert keinerlei Wille, die Sorgen der Bevölkerung und die fachliche Kritik ernst zu nehmen.

„Der **Monsantokonzern** blickt auf eine lange **Skandalchronik** zurück, die neben Agent Orange auch PCB und Dioxin umfasst. Beide Unternehmen gehören zudem mit zu den **größten Lieferanten von Glyphosat**. Auch hier findet eine **unheilsame Konzentration auf dem Markt** statt.“

Politisch wird der beschlossene Zusammenschluss die Landschaft verändern. Schon heute ist der Lobbydruck Bayers auf die Politik nicht zu übersehen. Es ist zu befürchten, dass nach einer erfolgreichen Fusion die Interessen der Gentechnikindustrie in Deutschland und auf EU-Ebene weitaus aggressiver vertreten werden als bisher. Derzeit ist es für Monsanto schwierig, als ein aus den USA stammendes Unternehmen in Europa zu agieren. Im Schlepptau von Bayer mit Sitz in Leverkusen ließen sich die Monsanto-Interessen in Brüssel oder Berlin zukünftig wesentlich leichter vertreten. Hier gilt es, sehr wachsam zu sein.



Wir hoffen auf eine ablehnende Entscheidung der Kartellwächter!





ÖKO TUT TIERISCH GUT!

Am 4. Oktober war Welttierschutztag. Unter dem Motto „Öko tut tierisch gut!“ widmeten wir diesem internationalen Aktionstag eine ganze Aktionswoche, in der unsere Abgeordneten die unterschiedlichsten Bio-Landwirtschaftsbetriebe in Thüringen besuchten, um sich ein Bild von den positiven Effekten ökologischer Landwirtschaft für die Tierwelt zu machen. Gerade nach den erschreckenden Bildern aus dem industriell geführten Schweinemastbetrieb des Thüringer Bauernverbandspräsidenten Helmut Gumpert lag es uns besonders am Herzen, zu zeigen, was ökologische Landwirtschaft für den Tierschutz leisten kann. Denn dies geht weit über den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren im Sinne möglichst artgerechter Haltung hinaus.

So standen auf unserem Plan auch Bio-Landwirtschaftsbetriebe, die sich dem Artenschutz oder dem Erhalt alter Haustierrassen widmen. Wie beispielsweise der Saatgutbetrieb Rose in Erfurt, dessen Betriebsfläche von einem möglichen Universitätserweiterungsbau bedroht ist und damit auch das einzigartige Feldhamstervorkommen im Thüringer Becken. Oder der Ziegenhof Peter in Greußen, der sich als Arche-Hof für den Erhalt der Thüringer Waldziege einsetzt. Des Weiteren waren wir bei Imkereien in Meiningen und Apolda zu Gast, denn der Bienenschutz ist unerlässlich für den Erhalt unserer Ökosysteme. Und nicht zuletzt schauten wir uns im Haus „Jona“ in Freienbessingen an, wie ökologische Tierhaltung und Suchttherapie sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

Im Ergebnis steht fest: Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Investitionsförderung des Landes an strengere Tierwohlkriterien gebunden und die Massentierhaltung als Ursache für viele Tierrechtsverletzungen eingeschränkt wird. Gegen den Willen von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort darf es keine Ausweisung von Gewerbegebieten für die industrielle Landwirtschaft mehr geben. Hierzu wollen wir die Beteiligungsrechte der Menschen in den Kommunen weiter verbessern. Besonders wichtig ist uns für die Zukunft eine verbesserte Kontrolle im Rahmen der Tierwohlstrategie, die derzeit von der Landesregierung entwickelt wird.

Dirk Adams:
„Die Vielfalt und die Anbauzyklen ökologischer Landwirtschaft bieten ideale Bedingungen für bedrohte Tierarten.“

Roberto Kobelt: „Ich finde, die etwas höheren Preise an der Fleischtheke lohnen sich für mehr Tierwohl und Arbeitsplätze in der Region.“

Wir bedanken uns bei allen Tierschützern und Tierschützerinnen, Tierfreunden und Tierfreundinnen, die sich nicht nur in der ökologischen Landwirtschaft, sondern auch in privaten Initiativen, Tierheimen, Arten- oder Naturschutzprojekten mit viel Engagement und Leidenschaft für das Wohl und die Rechte von Tieren einsetzen!

Babett Pfefferlein und Olaf Müller zu den Enthüllungen aus dem Betrieb des Bauernverbandspräsidenten:
► gruenlink.de/19oe



Babett Pfefferlein: „Es ist ein gutes Signal, dass sich zahlreiche Menschen in unserer Region für eine ökologische Landwirtschaft stark machen.“



Olaf Müller: „Bei dieser Haltung haben die Tiere genügend Zeit zum Aufwachsen, Platz und Auslauf – so wie es sein sollte.“

Antworten auf unsere Kleine Anfrage zu Ferkeltötungen in Thüringen: ► gruenlink.de/19od

Mehr Bilder und kleine Berichte von den einzelnen Stationen gibt es auf unserer Facebook-Seite unter: www.facebook.com/gruenthl

GRÜNES BAND MONUMENTAL



Weitere Informationen:
▶ gruenlink.de/184z



Der Schutz des Grünen Bandes am ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifen wird das zentrale Naturschutzvorhaben der zweiten Hälfte dieser Legislatur. An keiner anderen Stelle lassen sich Zeitgeschichte, Gedenkkultur und Naturschutz besser vereinen. Deutschlandweit hat Thüringen mit 763 Kilometern den längsten Abschnitt des Grünen Bandes und damit unbestreitbar auch eine sehr große Verantwortung einerseits für

dieses Mahnmal als auch für diesen Lebensraum. Mit der Ausweisung des Grünen Bandes als „Nationales Naturmonument“ setzen wir auf geplanten 6.850 Hektar ein Ausrufezeichen für einen grünen Brückenschlag und gegen die fortschreitende Zerstörung des einmaligen Verbundsystems. Im Ausweisungsprozess werden wir dazu eine intensive Debatte führen und wollen die Menschen für dieses Projekt begeistern.

Im August fuhren **Roberto Kobelt** und **Astrid Rothe-Beinlich** gemeinsam mit einer Gruppe radbegeisterter Teilnehmerinnen und Teilnehmer entlang des Grünen Bandes vom Drei-Freistaaten-Stein bis Pressig-Rothenkirchen. 140 Kilometer legten sie in drei Tagen zurück und konnten entlang der Route nicht nur die einzigartige Natur genießen, sondern ganz im Sinne des Namens der Tour auch die ehemalige Grenze vielfältig und hautnah **erFAHRen**.

SOLARSTROM WIRD STANDARD

Die Erzeugung von Solarstrom soll künftig auf den etwa 1.000 landeseigenen Immobilien zum Standard werden. Das hat die Mehrheit von Rot-Rot-Grün in der Plenarsitzung am 2. September 2016 beschlossen (Drs. 6/2280). Bis zum Jahr 2021 sollen Bestandsgebäude nachgerüstet werden, während der verpflichtende Einsatz von Photovoltaikanlagen für Neubauten bereits ab 2016 gelten soll. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Eigenverbrauch der Gebäude, das heißt, die Energieversorgung erfolgt vom eigenen Dach, gegebenenfalls unterstützt durch die Solarstromproduktion benachbarter Gebäude. Mittels Speichern soll die gesamte erneuerbare Energie rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Mit dieser Entscheidung

Roberto Kobelt stellte den Antrag im Plenum vor:
▶ gruenlink.de/19n3

nimmt Rot-Rot-Grün Kurs auf das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung, die bis 2030 Realität werden soll.

Finanzierung von Radwegen klar geregelt

Auf grüne Initiative hin wird die Förderung von Radwegen an Thüringer Landesstraßen in Zukunft besser geregelt (Drs. 6/2688). So wurde im Landtag beschlossen, dass Straßen mit Radwegen vorrangig gefördert werden sollen. Für innerstädtische Verbindungen werden dabei vorzugsweise Schutzstreifen auf der Fahrbahn angelegt, außerhalb der Ortschaften separierte Radwege direkt neben oder im räumlichen Bezug zur Landesstraße. Damit werden einerseits nachfrageorientierte, preisgünstige und sichere Lösungen in den Ortschaften gefördert und andererseits wichtige Verbindungen für die Vernetzung zwischen den Orten geschaffen.

Die Kommunen haben durch die neuen Regelungen die Möglichkeit, Mittel des Landes aus dem Straßenbau gezielter für Radwege einzusetzen. Die Landesförderung für Radwege an Landesstraßen wurde zudem von 2,5 auf 10 Prozent – und damit auf über fünf Millionen Euro pro Jahr – gesteigert. Mit diesen Maßnahmen bringen wir das von einer breiten Mehrheit des Landtags verfolgte Ziel voran, den Anteil des Radverkehrs von heute unter 10 auf 15 Prozent bis 2025 zu erhöhen.

RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion: gruenlink.de/gch

22. September 2016:

Alljährlich werden die Bürgerinnen und Bürger in europäischen Städten und Kommunen am 22. September dazu aufgerufen, einen Tag lang auf ihr Auto zu verzichten und somit einen kleinen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Anlässlich dieses europäischen autofreien Aktionstages ließen auch unsere Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Auto zu Hause und kamen stattdessen mit dem Fahrrad zur Arbeit.

Im Rahmen unserer Regierungsbeteiligung setzen wir uns vehement für den Ausbau des Radverkehrs ein und konnten bereits erreichen, dass die Finanzmittel für den Radwegbau vervierfacht wurden. Dank grüner Durchsetzungskraft wird jetzt jeder zehnte Euro aus dem Etat für den Straßenbau in Radwege investiert!



7. November 2016:

Unter dem Titel „Mit Strom und Wärme in die solare Gesellschaft“ findet die erste Sonnenkonferenz im Thüringer Landtag statt. Gemeinsam mit der Thüringer Energieministerin Anja Siegesmund und dem Schleswig-Holsteinischen Energieminister Dr. Robert Habeck wird sich Roberto Kobelt der Frage widmen, mit welchen Bausteinen Energiewende und Klimaschutz zusammengedacht und dann auch praktisch umgesetzt werden können.

15. November 2016:

Im Namen der Koalitionsfraktionen laden die kulturpolitischen Sprecherinnen Katja Mitteldorf (DIE LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling herzlich zur ersten gemeinsamen „Thüringer R2G-Kulturwerkstatt“ ein. Gemeinsam mit Kulturakteurinnen und -akteuren aus Thüringen wollen sie die Eckpfeiler für ein gelungenes Kulturgesetz erarbeiten. Dazu wird es ein Impulsreferat und verschiedene Workshops geben.

November/Dezember 2016:

Die anstehende Gebietsreform bewegt die Gemüter. Im Rahmen von vier Gesprächsforen verteilt über ganz Thüringen möchte Dirk Adams mit Landrätinnen und Landräten, kommunalen Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie allen interessierten Thüringerinnen und Thüringern darüber ins Gespräch kommen, welche Schwierigkeiten bestehen, aber auch welche positiven Effekte die Gebiets- und Funktionalreform für uns alle haben kann.

DIE MITARBEITERINNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/3772-669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/3772-670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/3772-660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-fraktion.thueringen.de



Beatrice Sauerbrey
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung
Telefon: 0361/3772-676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-fraktion.thueringen.de

Pressestelle



Mona Walter
Stellvertretende Pressesprecherin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Veranstaltungskoordination
Telefon: 0361/3772-690
E-Mail: mona.walter@gruene-fraktion.thueringen.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361/3772670

E-Mail: info@gruene-fraktion.thueringen.de
Internet: www.gruene-fraktion.thueringen.de

Vi.S.d.P.: Silke Fließ
Druckunterlagenschluss: Oktober 2016
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer neuen Fraktionsbroschüre: <http://gruenlink.de/19r6>

Parlamentarische Beratung



Alexander Drygalla
Referent für Finanzen, Haushalt, Wirtschaft und Tourismus
Telefon: 0361/3772-678
E-Mail: alexander.drygalla@gruene-fraktion.thueringen.de



Tamer Düzyol
Referent für die Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses
Telefon: 0361/3772-682
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Foß
Referent für Wissenschaft, Netzpolitik, Europa, Medien, Kultur und Datenschutz
Telefon: 0361/3772-689
E-Mail: christian.foss@gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann
Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung, Asyl- und Migrationspolitik
Telefon: 0361/3772-683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Tobias Lange
Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales
Telefon: 0361/3772-680
E-Mail: tobias.lange@gruene-fraktion.thueringen.de



Kathleen Lützkendorf
Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz, Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen
Telefon: 0361/3772-693
E-Mail: kathleen.luetzkendorf@gruene-fraktion.thueringen.de



Ralf Martin
Referent für Justiz und die Begleitung des Immelborn-Untersuchungsausschusses
Telefon: 0361/3772-691
E-Mail: ralf.martin@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel
Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik
Telefon: 0361/3772-691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



Norbert Sondermann
Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz und Sport
Telefon: 0361/3772-692
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-fraktion.thueringen.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!



www.facebook.com/gruenthl
www.twitter.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl

